

zoon politikon

sommersemester 2001

Inhalt

| | |
|---|----|
| Editorial | 3 |
| Wie klingt die Neue Mitte? Von Martin Büsser | 4 |
| „Provokateur“ Finkelstein Von Jochen Schwenk | 10 |
| Erinnerung an Arvid Harnack Von Christoph Jetter | 13 |
| Rezensionen | 16 |
| <i>Jeffrey Verhey</i> Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft. | |
| <i>Michael Stöcker</i> Augusterlebnis 1914 in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit. | |
| <i>Burkhard Schröder</i> Nazis sind Pop | |
| <i>Mark Terkessidis</i> Migranten | |
| <i>Klaus J. Bade</i> Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. | |
| Wer profitiert von der Krise? Von Ralf Ptak. | 20 |

Impressum

Die *zoon politikon* wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv, welches den ASten der Darmstädter Hochschulen nahesteht. Beiträge von Studierenden sind erwünscht, die Redaktion behält sich jedoch Kürzungen vor. Ferner finden Texte mit sexistischen, rassistischen und faschistischen Inhalten keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Kollektivs wieder.

Verantwortlich: Peter Wagen; Redaktion: D. Schüttler (Layout & Satz),
J. Schwenk, M. Enderlein.
Anschrift: c/o AStA der Technischen Universität Darmstadt
Hochschulstraße 1, 64289 Darmstadt, e-mail: zoon@asta.tu-darmstadt.de
Druck: Druckwerkstatt, Auflage: 5001.

Editorial

„Neofaschismus in der Bundesrepublik“ - dies ist der Titel einer Ausstellung, die vom 8. Mai bis zum 7. Juni dieses Jahres in Darmstadt zu sehen war; gemeinsam hatten der DGB (Jugendbüro), die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen) und der AStA der TU Darmstadt diese Ausstellung sowie ein dazugehöriges Begleitprogramm organisiert. Die Veranstaltungen in Räumen des DGB bzw. der TUD waren erfreulich gut besucht und boten neben eingehenden Informationen, z.B. zu den Themen „Nazis im Internet“, „Frauen in der rechten Szene“ und „Rechter Musik/Rechter Ästhetik“, die Möglichkeit, sich mit engagierten AntifaschistInnen auszutauschen.

Ein Eindruck der gesamten Veranstaltungsreihe ist, daß die extreme Rechte immer gezielter versucht, sich sozialer Thematiken anzunehmen und dabei von gesellschaftlichen Diskursen profitiert, die von den sogenannten „Volks“-Parteien mit einer unverdaubaren Portion Rassismus aufgeladen wurden (Bsp.: „Kinder statt Inder“, Einwanderungsdebatte etc.) bzw. in der Bevölkerung die unseligsten Gefühle und Ressentiments schüren (Bsp.: Deutsch-Stolz-Debatte).

Mitte Juni verkündete der bayerische Innenminister Günther Beckstein, der an anderer Stelle von „Ausländern, die uns nützen und solchen, die uns ausnutzen“ schwadroniert, daß Rechtsextremisten in letzter Zeit verstärkt versuchen, an Hochschulen Fuß zu fassen und folgert: „Rechtsextremistische Intellektuelle, die sich bemühen, antidemokratisches Gedankengut zu modernisieren, sind für die freiheitliche Demokratie ebenso gefährlich wie rechtsextremistische Kräfte alter Prägung“. Becksteins Appell an studentische Organisationen, gegen die antidemokratischen Bestrebungen von Neonazis und anderen Wortführern des Rechtsextremismus vorzugehen ist zwar im Lichte seiner sonstigen Äußerungen wenig glauwürdig, aber dennoch richtig.

Problematisch ist auch der Forschungsbereich: im Katalog zur o.g. Ausstellung wird auf die Kritik des Politikwissenschaftlers Prof. Richard Stöss verwiesen, wonach „die Erforschung des politischen Phänomens ‚Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland‘ nie an bundesdeutschen Uni-versitäten oder anderen Forschungseinrichtungen langfristig organisiert und finanziell abgesichert worden ist.“ Und weiter „Natürlich gab und gibt es ForscherInnen, die sich engagiert mit einzelnen Elementen und Fragen beschäftigen, aber sie stehen eher am Rande des ‚wissenschaftlichen Betriebs‘“.

Leider konnten wir nicht wie geplant alle Beiträge der Veranstaltungsreihe abdrucken – dafür machen wir die Artikel in den nächsten Tagen über die Internetseiten zugänglich: www.asta.tu-darmstadt.de/Referate/Zoon. Weiterhin soll das Archiv mit Arbeiten zum Thema sukzessive erweitert werden. Derzeit stellen wir Überlegungen an, wie Druck- und Internetversion in Zukunft gewichtet werden sollen. Über Eure Rückmeldungen dazu würden wir uns freuen (mail to: zoon@asta.tu-darmstadt.de)

Der Katalog zur Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ ist für 5,- DM erhältlich im Infoladen Darmstadt-Mitte (Alexanderstraße 25, Öffnungszeiten Mo-Fr, jeweils 10:00 bis 16:00 Uhr)

Wie klingt die Neue Mitte?

*Rechte Tendenzen in der Popmusik
von den Anfängen bis zur rechten Normalität.
Von Martin Büsser*

I. Popmusik und rechte Ideologie haben sich lange Zeit ausgeschlossen. Bis Mitte der Siebziger wird sich wohl kaum ein nennenswertes Phänomen in Sachen Pop bzw. Rock finden lassen, das als eindeutig rechts bezeichnet werden könnte. Beispiele für staatstragende und affirmative Gesten gibt es dagegen sehr wohl. Berühmtestes Beispiel dürfte die propagandistische Promotion gewesen sein, mit der Elvis beim Antritt seines Wehrdienstes als GI in Deutschland gefeiert wurde. Sexistische, frauenfeindliche oder homophobe Äußerungen und Songtexte sind auch von Anfang an keine Seltenheit. Das berüchtigtste Beispiel hierfür dürfte Frank Zappa sein. Der Musiker mit dem Image des Provokateurs hatte sich gerne auch mal gegenüber Minderheiten im Ton vergriffen. *Bobby Brown* ist eine verächtliche Attacke gegen Transvestiten und Homosexuelle, auf derselben Platte, *Sheik Yerbouti*, findet sich mit *Jewish Princess* ein Stück, das frauenverachtend und antisemitisch zugleich ist. Abgesehen von solchen Tiefschlägen läßt sich aber verallgemeinern, daß Popkultur lange Zeit nicht nur gegenüber rechten Tendenzen immun war, sondern daß sie sogar der herrschenden Staatsideologie, der rechten Mitte von damals sozusagen, kritisch gegenüberstand. Alle Versuche beispielsweise, populäre Songs zu etablieren, die für den US-Einsatz in Vietnam werben sollten, sind gescheitert – Stücke dieser Art waren offizielle Arbeiten, eingespielt von Retorten-Bands, die von den Jugendlichen nicht angenommen wurden. Für eine gewisse Zeit war Popkultur sogar dermaßen mit der Linken verstrickt, daß die Politik aktiv wurde. Agnew, der Vizepräsident von Richard Nixon, wirkte beispielsweise auf die Plattenkonzerne ein, nicht mehr in Underground-Magazinen zu werben, in denen zugleich auch positiv über die terroristische Vereinigung der Weathermen berichtet wurde.

Bis in die siebziger Jahre hinein galt Popkultur als progressiv, stand für sexuelle Befreiung, für ein neues, antikapitalistisches Lustprinzip, das von der Allianz aus Kirche, Regierung und Militär als Bedrohung wahrgenommen wurde. Der jüdische Literaturwissenschaftler George Steiner ging 1971 sogar so weit, Pop als die einzig legitime Kultur nach dem Holocaust zu bezeichnen. Die Hochkultur von Goethe bis Beethoven sei dadurch, daß sie zur offiziellen Kultur der Täter hatte werden können, dermaßen verbraucht und als inhuman entlarvt, daß alleine die neuen Sprachen des Begehrens etwas formulieren, was gegenüber der Tätergeneration einen Schlußstrich setzt. Kurz: Popkultur wurde von den Fans und Gegnern für wenige Jahre in dem Maße als links angesehen, in dem sich die Kultur der westlichen Gesellschaft generell eher links abspielte. Bereits Mitte der Siebziger, als völlig apolitische Bands wie Genesis und Fleetwood Mac den Markt bestimmten, war der Glaube an eine linke, die bestehende gesellschaftliche Ordnung gefährdende Popkultur vorbei.

Der britische Musikkritiker Jon Savage, der auch eine große Sex Pistols-Biographie schrieb, erklärte einmal, daß er und seine Kollegen, die damals, als Punk losbrach, für den NME geschrieben haben, nicht wußten, welche Richtung diese neue Energie überhaupt nehmen würde. Da war erst einmal eine ungeheure Wut auf alles Etablierte. Eine Wut sowohl gegen das konservative und eher rechte Establishment von Politik und Wirtschaft, aber auch Wut auf deren linke Kritiker, auf eine Kritik, die als völlig veraltet und saturiert erschien. Punk war erst einmal zielloser Aktionismus, gegen den Finanzboß ebenso wie gegen den linken Sozialkundelehrer gerichtet. Wir Kritiker, erzählte Jon Savage, kamen von Karl Marx, hatten die Schriften der Situationisten

gelesen – für uns war klar, daß wir Punk in der Öffentlichkeit unbedingt als linke Agitation beschreiben müssen, um zu verhindern, daß die Sache kippt. Das heißt: Ein paar ältere linke Journalisten waren Mitte der Siebziger händeringend bemüht, die neue Anti-ästhetik als Bestandteil einer linken Tradition zu definieren.

Die Widersprüche, die zu einer solchen panischen Intervention geführt haben, liegen ja im Wesen von Punk selbst. Malcolm McLaren gründete die Sex Pistols als eine Art situationistisches Spektakel, das einerseits die Verkommenheit des Gesellschafts-systems namens Kapitalismus ausdrücken sollte und das andererseits zeigen sollte, wie verkommen bereits jeder Versuch ist, die Gesellschaft mit Popkultur verändern zu wollen. Ein bewußter Widerspruch in sich: *The Great Rock'n'Roll Swindle*, wie sein Sex Pistols-Film heißt, stellt Punk bereits als großen kommerziellen Schwindel dar, der im Grunde nur aufdeckte, wie der Kapitalismus selbst seine vermeintlich größten Gegner vermarkten kann. Für McLaren war Punk ein Spiel, das wenig bis gar nichts mit authentischer Jugendkultur zu tun hatte, sondern eher als Lehrstück in Sachen Manipulation diente.

Neben Punk entwickelte sich mit Industrial eine Schockästhetik, die eher dem Kontext der Kunst-hochschulen entstammte, während Punk ja vorgab, eine Bewegung von der Straße zu sein, aus der Arbeiterklasse heraus. *Throbbing Gristle* aus Manchester, Namensgeber der Industrial-Bewegung, trieben die Provokation auf die Spitze: Die Band benutzte alles, was nach Tabu roch, von faschistischen Symbolen über Serienmörder, von Pornographie bis zu Selbstverstümmelung. Das Logo ihres Labels „Industrial Records“ war der Verbrennungsofen von Auschwitz. In Interviews wurden *Throbbing Gristle* allerdings nicht müde, zu betonen, daß ihre Musik aus einer linken Tradition stammt, ja sie wollten sogar als eine Art musikalische Baader-Meinhof-Guerilla in die Popgeschichte eingehen. Ziel ihrer Auftritte zu sägenden Synthesizer-Klängen und Tonband-Collagen war es, das kollektiv Verdrängte der spätindustriellen Gesellschaft über eine Art Lärmritual ins Bewußtsein zu rufen. Über die krasse Darstellung von Gewalt und Sexualität sollten nicht nur Tabus gebrochen, sondern erstmals auch existentielle, verstörende Dinge im Pop thematisiert werden. „Ich weiß nicht, wieso es plötzlich für eine Gruppe, die Musik macht, indis-kutabel sein soll, Dinge zu erwähnen, wie sie sonst überall in den Medien gang und gäbe sind. Warum gehört es sich nicht für jemand mit 'ner Gitarre, Zyklon B oder Gewalt zu erwähnen oder zu diskutieren, oder einfach mal darauf hinzuweisen oder die Leute dran zu erinnern? Und wie sich zeigt, ist das ganz gut, wenn eine Sache noch einen gewissen Überraschungseffekt hat – denn die Leute sind es nicht gewöhnt, daß ihnen Musik etwas über die

Realität sagt, denn normalerweise kennen sie Musik nur als Flucht aus der Wirklichkeit“ (Genesis P. Orridge/*Throbbing Gristle* in: Hartmann/Pott (Hg.): „Rock Session 6“. Reinbek 1982, S. 196).

An dieser Stelle, nach so viel beinahe ungebündelter Information, müssen ein paar Sachen historisch klargestellt werden. Sowohl Punk wie Industrial waren ursprünglich keine rechten Bewegungen, konnten aber beide von Rechten mißbraucht werden. Punk berief sich auf die unteren Schichten, verstand sich als antikapitalistisch und anarchistisch (was auch immer das am Ende heißen sollte), mußte sich aber zugleich von den damals bestehenden Formen der Linken abgrenzen. Einigen Strömungen innerhalb des Punk ist das gelungen, berühmtestes Beispiel sind die britischen Crass, eine extrem politische Band, die in einer Kommune lebte, sich für feministische Interessen einsetzte, gegen den Falkland-Krieg kämpfte und nicht grundsätzlich „Anti-Hippie“ war, sondern eine Fortsetzung alter linker Inhalte mit neuen Mitteln. Besonders im britischen Oi-Punk bildete sich allerdings bei vielen Bands und deren Fans eine „Street Trooper“-Mentalität aus, die politisch völlig diffus war. Viele waren arbeitslos oder hatten ihre miesen Fabrikjobs – die Dazugehörigkeit zu Punk war da oft nur Katalysator, die Sau rauszulassen; ein Proletarier- und Trinker-Stolz, der sich gegen alles mögliche entladen konnte, bestenfalls gegen Mercedessterne, schlimmstenfalls gegen sogenannte Intellektuelle und Ausländer.

Diedrich Diederichsen hat in seinem bekannten Aufsatz „The kids are not allright“ argumentiert, daß Punk schon aufgrund seiner musikalischen Struktur – der tumbe Rhythmus und die Refrains zum Mitgröhlen – immer für rechte Parolen anfällig war. Diese Gleichsetzung von Inhalt und Form erscheint mir etwas verkürzt, denn gerade Punk zeigte, wie breit die Schere innerhalb einer einzigen Subkultur in Sachen Politikverständnis auseinanderklaffen kann. Ein Großteil der Punks war definitiv links, engagierte sich im Häuserkampf der frühen 80er und stand trotzdem auf Mitgröhl-Musik. Spätestens hier wurde klar, daß der politische Gehalt einer Musik und Bewegung nicht von der Musik an sich abhängt, sondern von dem jeweiligen Umfeld. Als Sham 69, eine der ersten Oi!-Punkbands, ihre Hymne *If the kids are united* schrieben, glaubten sie noch, die zerfahrene Bewegung aus Punks und Skins zu einer Front gegen die eigentlichen Feinde, also die Mächtigen, nicht irgendwelche Minderheiten bündeln zu können – sie waren ja schließlich selbst eine Minderheit. Das war eine Illusion. Punk als ästhetische Abgrenzung gegen die sogenannten Hippies verkam an vielen Stellen zu einer Ästhetik von Männlichkeit und Härte, die gegen eine verkommene Ästhetik nur noch mit Parolen reagierte, wie sie auch aus dem Mund der sogenannten Spießler

hätten kommen können. Zitat von OHL aus deren Song *Kernkrafttritter*: „Alternative, langhaarige Sau, du siehst aus wie deine Frau.“ Der Song gegen langhaarige Kernkraftgegner hat politisch keine Alternative gegen das anzubieten, was da bekämpft wird – am Ende läßt sich aus ihm auch lesen, daß es cool ist, kurze Haare und Militärklamotten zu tragen, für Kernkraft zu sein und alles Weiche/Weibliche abzulehnen, an Männern sowieso, denn das könnte ja schwul rüberkommen.

In Militärklamotten, um den Bogen zur anderen radikalen Bewegung der damaligen Zeit zu spannen, sind auch die Industrial-Vertreter aufgetreten. Als intellektuelle Gruppe, die sich auf die verstörenden Elemente der historischen Avantgarden berief, von eher linken Gruppen wie den Surrealisten bis zu eher rechten wie den Futuristen, sind Bands wie Throbbing Gristle, SPK und Cabaret Voltaire politisch nicht klar einzuordnen. Ihre Begeisterung für Lärm und Zerstörung, also auch die Erkenntnis, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat, kann je nach Lesart ideologisch anders aufgefasst werden. Wie schon in den Zerstörungsphantasien der frühen Moderne, kann aus diesem apokalyptischen Szenario gelesen werden: 1) „Hoffentlich gibt es endlich wieder einen Krieg, etwas, das uns bewegt und Platz für eine neue, unverdorrene Generation schafft“ (die Ernst Jünger-Variante) oder aber: 2) „Unsere Lärmorgien sollen euch zeigen, daß Faschismus und die spätindustrielle Gesellschaft miteinander verquickt sind und daß wir eine Revolution brauchen, die das Kapital abschafft.“

Das Problem an der Sache: Bereits bei den frühen Industrial-Vertretern war die Kritik an der zurecht beklagten kapitalistischen Entfremdung eine, die gewissermaßen Ernst Jünger und Karl Marx wirt durcheinanderdachte – und die sich am Ende in vorzivilisatorische Mythen flüchtete. Aus Throbbing Gristle ging der esoterische, sektenhaft organisierte Temple Of Psychic Youth hervor, der sich von durchgedrehten, okkulten Hippies kaum mehr unterschied – wenn es je etwas Kritisches, Aufklärerisches am Industrial gegeben haben sollte, war es bereits zu diesem Zeitpunkt an einen völlig unproduktiven Kult in Tradition von Charles Manson und Aleister Crowley verkommen. Bereits Anfang der Achtziger entstand so innerhalb der Industrial-Szene, die zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr richtig von Gothic und Dark Wave zu trennen war, eine neo-romantische, esoterische Strömung – antikapitalistische Utopie kippte um in weinerliche Visionen von vorzivilisatorischen Zuständen, in eine „Reinheit“, die schließlich bei germanischen und keltischen Göttern ebenso gesucht wurde wie in mittelalterlichen Klangwelten, in fernen Projektionen also, die stellenweise mit gar nicht so fernen wie dem „Tausendjährigen Reich“ in Verbindung gebracht wurden. Death In June beispielsweise benannten sich nach dem Röhms-Putsch

am 30. Juni 1934. Die fataler- oder kurioserweise schwule Band stilisiert Röhms und die SA zum Ideal einer homomilitaristischen, nationalsozialen, revolutionären Truppe, die Europa (von was auch immer?) befreit hätte, wäre sie nicht von der SS abgelöst worden. Die Lieder von Death In June bedienen sich einer Sprache, die aus einer Mischung von Symbolismus und pathetischer Verklärung von Männerbünden besteht, aus Todes-

sehnsucht gepaart mit Metaphern der „Reinheit“, also Baudelaire im Mix mit Stefan George, Oscar Wilde im Mix mit Oswald Spengler, dem Verkünder vom „Untergang des Abendlandes“. Ihre Sehnsucht richtet sich nach einer naturverbundenen, verträumten Welt vor jeglicher Zivilisation – doch die Befreiung von all dem, was an Zivilisation als verderblich angesehen wird, richtet sich nicht gegen weltweit agierende, ausbeuterische Konzerne, sondern sie richtet sich diffus emotional gegen „das Fremde“ an sich, gegen das urbane Geflecht, wo verschiedene Kulturen aufeinandertreffen, gegen eine „Verunreinigung“ westlicher Kultur, wobei „westlich“ in der Regel für ein Gemisch aus nordischen, keltischen, allemannischen und normannischen Geschichten und Mythen steht.

„Bereits bei den frühen Industrial-Vertretern war die Kritik an der zurecht beklagten kapitalistischen Entfremdung eine, die gewissermaßen Ernst Jünger und Karl Marx wirt durcheinanderdachte – und die sich am Ende in vorzivilisatorische Mythen flüchtete.“

Kurz zusammengefasst: Nach dem Scheitern der 68er Utopien sind mit Punk und Industrial Subkulturen entstanden, deren Verstörung nicht ausschließlich von links ausging, zumindest nicht ausschließlich aus einem linken, emanzipatorischen Toleranz- und Befreiungsgedanken heraus. Und trotzdem hat es zur Blütezeit von Punk noch keine Schlägertruppe gegeben, die für „ausländerfreie Zonen“ sorgten. Viele Linke glaubten zwar zu Beginn der Achtziger, daß Jugendkultur nur noch Spaßkultur geworden sei und politisch verdächtig – als Beispiel führten sie etwa „Tanz den Mussolini“ von DAF an – de facto waren die Subkulturen jener Zeit zwar oft negativ und zynisch, aber prinzipiell aus einer linken Haltung gegen das System gerichtet. Thomas Meinecke beschrieb diesen Zustand in den ausgehenden Achtzigern einmal als eine Art Zwickmühle: Um gegen die alte Ästhetik der Hippies und Ökos zu opponieren, gegen deren latschiges Birkenstock-Auftreten ja auch einiges einzuwenden war, blieb eigentlich nur das „Ja zur modernen Welt“. Also zum Beispiel so tun, als ob man für Atomkraft wäre, aber doch das Gegenteil meinen. „Zurück zum Beton“ singen, wie SYPH das damals getan haben, um die schockierten Ökos aus den Konzerten fern zu halten und nur all die Coolen zu erreichen, die mit dieser

Ironie etwas anfangen konnten. Eine Ironie, die „Ja“ zur Apokalypse sagte und damit „Nein“ gegenüber der Gesellschaft meinte. „Wir müssen das System auf die Spitze treiben“, sagte Jean Baudrillard, Mode-Philosoph der frühen Achtziger, „damit es sich von selbst zerstört“. Bei den Einstürzenden Neubauten hieß es diesbezüglich: „Ich stehe auf Zerfall“. Leider hat all das nicht gefruchtet. Die Neubauten bilden heute den Soundtrack des Kultur-Establishments, Jean Baudrillard hat längst keine Skrupel mehr, seine Thesen vom „Verschwinden des Realen“ auch in rechten Publikationen zu veröffentlichen.

Betrachtet man die Entwicklung seit jener Zeit bis heute, fällt auf, daß die Verlässlichkeit, Pop- und Subkultur stünden für eine linke Gesellschaftskritik, völlig zusammengebrochen ist – und zwar in dem Maße, in dem sich auch keine Subkultur nach altem Muster mehr gebildet hat. Grunge war zu Beginn der Neunziger einer der letzten Versuche, eine solche Subkultur nach alten Parametern zu errichten – ein Versuch, der daran scheiterte, daß die Bewegung selbst bereits ein Konstrukt der Medien war. Mit dem Aufkommen von MTV und VIVA beschleunigte sich auch in Deutschland der Prozeß, daß Pop immer weniger als soziales, sondern als medial vermitteltes Element wahrgenommen wurde. Musikalische Neuerungen wie Drum'n'Bass oder Trance brachten dementsprechend keine neuen Subkulturen im klassischen Sinne hervor, sondern sind bloß stilistische Erneuerungen innerhalb der an sich apolitischen Clubszene. Es ist allerdings zugleich interessant, daß sich die Clubszene noch am ehesten gegenüber rechten Tendenzen immun zeigte, während die Rockmusik davon durchsetzt ist. Gerade Rockmusik, die einmal als Aufschrei der Jugend gegen ein verkommenes, lustfeindliches System gedeutet wurde, zeigt sich heute von einer völlig systemstabilisierenden Seite. Früher spielte Rock gegen Vietnam auf, im Frühjahr 1999 erklärten sich BAP und die Scorpions mit den NATO-Angriffen auf Jugoslawien solidarisch. Parallel zur neuen Mitte erklärte die Presse „neue deutsche Härte“ zum großen Trend der ausgehenden Neunziger, allen voran Rammstein, die mit ihrem Riefenstahl-Video für Debatten im Feuilleton sorgten.

Rammstein sind ein sehr gutes Beispiel, das zeigt, wie sich Politik im Pop gewandelt hat. Die Subkulturen im Pop einschließlich Punk und mit Abstrichen auch noch Grunge waren von einer Ästhetik geprägt, in der Härte nicht mit der Mentalität der Sieger, sondern mit der des Opfers daherkam. Punk stilisierte sich als Opfer der Gesellschaft, als nicht dazugehörige Außenseiter. In dem Maße allerdings, in dem Popkultur alles bestimmend geworden ist und sich von der herrschenden Ideologie nicht mehr unterscheidet, bedeutet auch Pop, dazugehören

zu wollen. Das Faschistische an Rammstein ist nicht so sehr ihr Spiel mit Feuer und das rollende „R“, sondern die Tatsache, daß sämtliche Gesten der Männlichkeit und Härte hier für Sieg und Überlegenheit stehen.

II. Bevor es zum Begriff „Neue deutsche Härte“ kam und die entsprechende Musik dazu erfunden war, kam es in Deutschland bereits zu einer schrägen Diskussion, die so etwas wie nationalen Pop zu etablieren versuchte. Mitte der Neunziger, also zu einer Zeit, als vor allem *eine* Jugendkultur die Medien beherrschte, nämlich die brandmordenden Neonazis, tauchten plötzlich zwei Namen auf, die man eigentlich längst für verschollen geglaubt hätte: Heinz Rudolf Kunze gab dem „Spiegel“ 1996 ein Interview, Dieter Thomas Heck dem „Musikexpress“; beide forderten eine Quote für deutsche Musik. „Es ist doch wichtig, daß die Leute überhaupt wieder Schlager hören“, war Hecks Interview überschrieben, ganz so, als ob kein Mensch sich mehr für Schlager interessiert hätte. Eigentlich hätte die Überschrift gleich in APPD-Manier lauten können „Ich fordere die totale Rückverdummung!“

„Wir dürfen es nicht so weit treiben, daß wir alles, was aus dem eigenen Land kommt, runterdrücken“, sagte Thomas Heck. „Es gibt einfach Menschen, die so etwas nicht fühlen und denen mußt du es eben per Gesetz zeigen.“ Was soll das heißen? Menschen, die die Schönheit der deutschen Sprache nicht fühlen, vor allem wenn diese von „Hitparade“-kompatiblen, wertvollen Kulturgütern wie Wolfgang Petri und Jürgen Drews vorgetragen werden, sollen bitteschön per Gesetz endlich fühlen lernen, wie schön das doch ist? Das Radio als neuer Volksempfänger im wahrsten Sinne des Wortes. Ähnliche Worte bei Heinz Rudolf Kunze, wenn er beklagt, daß „seit dem zweiten Weltkrieg“ „die Flut an ausländischer Musik und eben auch ausländischem

„Das Faschistische an Rammstein ist nicht so sehr ihr Spiel mit Feuer und das rollende „R“, sondern die Tatsache, daß sämtliche Gesten der Männlichkeit und Härte hier für Sieg und Überlegenheit stehen.“

Schund“ von den Deutschen widerstandslos geschluckt wurde. Seit dem Zweiten Weltkrieg? Kunze kennt wohl meine Oma und deren musikalische Vorlieben nicht.

Natürlich gibt es amerikanischen Pop-Schund – dem aber den deutschen Schund entgegenzusetzen zu wollen, ist Nationalismus pur, weil es solchen dubiosen Quoten nicht wirklich um Qualität gehen kann – die würde ein ganz anderes Kultursystem bedingen – sondern nur unterschiedslos um das Nationale. Kunze ist Sammler und Freund alternativer Musik; auf der *PopKomm* hatte er sich seinerzeit angebidert, Independent-Bands wie Sebadoh anzusagen. Nun sind Sebadoh allerdings Amerikaner. Kunze müßte



Innenminister Schily (ohne Sonnenbrille) dirigiert eine BGS-Band (ohne Motorradhelme). Quelle: Konkret 9/99.

also eigentlich wissen, daß „Schund“ keine nationale Frage ist, schon gar keine Frage, die man sich in einer Zeit stellen sollte, zu der gerade die Böhsen Onkelz in die deutschen LP-Charts eingezogen sind. Es ist allemal infam, daß einigen Leuten damals, als Neonazis einen neuen Trend in Sachen Jugendkultur setzten, nichts weiter einfiel, als nach einer Neubewertung der deutschen Popkultur zu rufen. Das korrespondiert bitter mit dem berüchtigten Botho Strauß-Artikel, ebenfalls im „Spiegel“ erschienen, wo der „Verlust nationaler Identität“ gegenüber den Neonazis verständnisvoll eingeklagt wurde. Die Debatte kam schließlich dort an, wo sie auch hingehört: „Englisches Gedudel stoppen!“, kommentierte eine Überschrift der *Jungen Freiheit* 1996. Unter anderem spricht sich die *Junge Freiheit* begeistert dafür aus, daß der Musiksender VIVA längst „den Sinn für die Quote erbracht“ hätte.

Hier kommt ein dritter Name ins Spiel, einflußreicher als Kunze und Heck zusammen, Dieter Gorny, VIVA-Chef und die rechte Hand von Wolfgang Clement, die zu Pop gewordene Visage der SPD und Vorbote von Schröders Neuer Mitte. Ein Mann, der permanent vom „Popstandort Deutschland“ faselt und damit natürlich den Wirtschaftsstandort meint und einer, der immer wieder betonen muß, daß Pop eine großes, schützenswertes Kulturgut ist. Während einer Diskussionsveranstaltung in Frankfurt, wo ihm

von Klaus Walter vorgeworfen wurde, sein nationaler Popkurs habe den Trend zu Onkelz und Co. gefördert, flüchtete sich Gorny immer wieder in die Walhalla der großen Künste zurück. Anstatt auf Vorwürfe des Nationalen zu reagieren, kamen Antworten wie: „Der amerikanische Pop Art-Künstler Jasper Jones erzielt auf Auktionen die Höchstpreise, die je für einen lebenden Künstler bezahlt wurden. Das zeigt, Pop ist große Kunst. Das, was ich mache, ist Kunst.“ Einem, der so argumentiert, nimmt man allerdings nicht mal das mit der Kunst ab, sondern nur das mit den „Höchstpreisen“. Die Quote ist bei VIVA, einem vom nationalen Markt abhängigen Sender, vom Profit motiviert und dabei so rührselig pädagogisch wie nur ein SPD-Sender sein kann: Immer wieder führt Gorny den VIVA-Boykott der Böhsen Onkelz als Argument dafür an, daß man mit Rechten nichts zu tun haben wolle. Einmal abgesehen davon, daß die Onkelz innerhalb des VIVA-Programms kein bißchen als rechts oder rechter auffallen würden – Joachim Witt hat mit „Die Flut“ diesbezüglich sowieso alle Tabus gebrochen –, geht es dieser Neuen Mitte tatsächlich nicht um das spezifisch Deutsche als Kulturhegemonie, sondern um das Nationale aus Gründen des Profits. Man könne, argumentiert Gorny, in VIVA ja auch Bands wie Die Sterne und Tocotronic sehen, die eine ganz andere politische Meinung vertreten, natürlich, schränkt er ein, in Sachen Häufigkeit und Sende-

zeit dem Interesse des Publikums angemessen. Das beste Argument, das Gorny jedoch damals, während der Diskussion in Frankfurt, brachte, lautete sinn-gemäß: Er sei ja froh, daß es kritische unabhängige Musik gebe, die gar nicht in VIVA gespielt werden will, weil sie politisch ganz andere Inhalte vertritt. Diese Musiker wollen ja gar nicht bekannt werden. Eine Haltung, die er durchaus respektiere. Heißt das nun, daß VIVA nur denen die Türen öffnet, die keine politischen Inhalte vertreten oder doch nur solche, die der Neuen Mitte gegenüber nicht abweichen? Was Gorny wohl eigentlich sagen wollte: Bei VIVA kann jeder mitmachen, der mitmachen will. Um mitmachen zu können, muß aber bereits der Wille zum Erfolg vorhanden sein. Weil eine antinationale Haltung und der Wille zum Erfolg sich allerdings meist ausschließen, so die Konsequenz, bleibt VIVA auch inhaltlich national.

„Neue deutsche Härte“

In diesem Spannungsfeld muß man wohl auch die „Neue deutsche Härte“ sehen, ein von der Presse eingeführter Begriff für Bands, die in der Regel Gothic-Elemente mit Metal gemischt haben, stellenweise auch ein bißchen martialische EBM-Rhythmen oder erklärte mittelalterliche Spielmannsleute-Melodien, also Namen wie Subway To Sally, Rammstein, Witt, In Extremo und Lacrimosa. Hinter keinem dieser Namen verbirgt sich etwas Rechtes im Sinne rassistischer und völkischer Ideologie (einmal abgesehen von Witts „Flut“-Video, das einer Herrenmensch-Ästhetik ziemlich nahe kommt), alle jedoch sorgten für eine Neubewertung des Nationalen, also Deutschen im Pop, indem sie diesem ein ganz besonderes Image gaben. Nicht das Deutsche ist das Problematische, sondern die Bilder, die damit transportiert werden. Nehmen wir dagegen Gruppen wie The Wirtschaftswunder oder FSK, die zu Beginn der Achtziger auch eine, sagen wir, ganz spezifische deutsche Pop-ästhetik entwickelt haben: Bei diesen Bands war das Deutsche stets gebrochen, also als Wert in Frage gestellt, etwa wenn der Wirtschaftswunder-Sänger, selbst ein Gastarbeiter, in einer Mischung aus Deutsch und Italienisch sang; oder wenn FSK tumbe, klotzfüßige Volksmusik integrierten. Die „Neue deutsche Härte“ dagegen setzt als deutsch geltende Elemente ungebrochen als Metaphern für Stärke ein, darunter Feuer, Muskeln, gerne aber auch Melancholie, die mit so etwas wie „tiefer deutscher Seele“ assoziiert wird.

Der lange historische Rückblick, der am Beginn dieses Vortrags stand, findet hier nun seinen Vergleich mit der Gegenwart. Bis in die achtziger Jahre hinein hätten es fast alle Subkulturen als Beleidigung aufgefaßt, als Teil der Mitte, also der Mehrheit zu gelten. Subkultur definierte sich geradezu in Ablehnung zur Mehrheit und zum mehrheitlichen Geschmack. Mitte

der Neunziger erschien der Reader „Mainstream der Minderheiten“, in dem die Herausgeber zurecht behaupten, daß die Kategorien Mainstream und Underground zusammengebrochen sind. Der Mainstream hat sich die Elemente des Underground einverleibt und damit eine aktive Subkultur brach hinter sich gelassen. Dem gegenüber muß ergänzt werden, daß das Bewußtsein, einer Minderheit anzugehören und der Wille, Minderheit zu sein, bei den meisten ebenfalls verloren gegangen ist. Popkultur in den Neunzigern will Dazugehörigkeit zur Mehrheit, zur Mitte – und die ist tendenziell rechts.

In Deutschland gibt es interessanterweise nur eine einzige Band, deren Erfolg, zumindest dem Gestus nach, gemäß alten subkulturellen Mustern funktioniert – das sind die Böhsen Onkelz. Ihr Image, von allen gehasst und geschmäht zu sein, gibt auch den Fans das gemeinschaftliche Gefühl, am gesellschaftlichen Rand zu stehen, eine Art stolze Außenseiterposition, die den früheren Punks nicht unähnlich ist. Ich sagte jedoch bewußt, nur dem Gestus nach, denn auch die Onkelz repräsentieren nicht irgendeinen Rand der Gesellschaft, sondern sehr wohl die Mitte – und zwar jene Mitte, die zwar nicht in den abendlichen Talkshows zu Wort kommt, wenn Schröder, Gerhard und Merkel reden, dafür jeden Nachmittag bei Arabella und Co..

Der Weg, den Popkultur zur neuen Mitte gegangen ist, verdeutlicht, daß Pop nicht besser oder schlechter ist als der Rest der Gesellschaft, sondern lediglich gesellschaftliche Tendenzen widerspiegelt. So lange vor allem Jugendkultur von linker Opposition bestimmt war und linke Utopien in der Gesellschaft noch anders diskutiert wurden, als das momentan rund um Joschka Fischer der Fall ist, gab es auch einem Markt für linke Popkultur. Eine der meistverkauftesten deutschen Bands der Siebziger waren Ton, Steine, Scherben. In dem Maße, in dem das einst Linke von der Mitte geschluckt wurde, veränderten sich auch die Parameter im Pop. Die Entwicklung einer Band wie BAP ist mit der zu vergleichen, die die Grünen als Partei genommen haben. Zeitgleich mit Joseph Fischer spricht sich auch Wolfgang Niedecken für den NATO-Einsatz in Jugoslawien aus. Der Markt für linke oder doch zumindest kritische Popkultur, also für Bands wie die Goldenen Zitronen oder Knarf Rellöm beispielsweise, ist so gering geworden, daß man hier eigentlich gar nicht mehr von Pop im Sinne von populär sprechen kann. Seit sich die Politik der Neuen Mitte selbst als Medien- und Pophänomen zu inszenieren und zu verkaufen versteht – was vor allem heißt: Auftreten geht über Inhalt –, stellt sich die Frage, ob Pop überhaupt noch ein geeignetes Mittel ist, gegen „die ganze Scheiße“ vorzugehen.

„Provokateur“ Finkelstein

Von Jochen Schwenk

„Jugendliche entrollten Transparente, es kam teilweise zu Tumulten und schließlich sogar zu einem Handgemenge zwischen älteren Herren, die rechte Parolen in den Saal gerufen hatten, und Nazi-Gegnern, das von Polizisten geschlichtet wurde.“ (Tribüne Nr. 157, S. 38ff). So endete eine Podiumsveranstaltung mit dem amerikanischen Politologen und Publizisten Norman G. Finkelstein am 7. Februar 2001 in der Berliner Urania. Dort referierte Finkelstein erstmals in Deutschland Thesen, die er ein Jahr zuvor in seinem Buch „The Holocaust Industry“ in den USA veröffentlicht hatte. Die Podiumsdiskussion in Berlin hatte das Erscheinen des Buches unter dem Titel „Die Holocaust-Industrie“ (Piper-Verlag) für den deutschen Markt zum Anlass. Mit Finkelstein teilten sich Peter Steinbach, Rafael Seligmann und Sten Nadolny das Podium. Die anschließende Diskussion, vor mehr als tausend Interessierten, wurde von Johannes Willms (SZ) moderiert.



Norman G. Finkelstein

Nun ist ein derart reges Interesse und der folgende Schlagabtausch im Publikum eher verwunderlich, wenn man Finkelsteins „Referenzen“ bei der Erstveröffentlichung für den amerikanischen Markt im deutschen Feuilleton betrachtet. So beginnt beispielsweise Julius H. Schoeps seine Rezension in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (18. August 2000) mit folgenden Worten: „Nein, eine Sensation ist es wirklich nicht: Das neue Buch des New Yorker Politikwissenschaftlers Finkelstein hat zwar in den Vereinigten Staaten in den letzten Wochen für einige Aufmerksamkeit gesorgt, ist aber bei genauerem Hinsehen nur eine seiner üblichen Provokationen“. Noch verwunderlicher wird die

starke Aufmerksamkeit, die diesem Büchlein in Deutschland zukommt, betrachtet man die darin formulierten Thesen. Sie beziehen sich zum Großteil auf die amerikanische Nahostpolitik und das Verhältnis der USA zu Israel und welche Rolle hierbei der Erinnerung an den Holocaust zukommt. Dabei knüpft Finkelstein an einen in den USA begonnenen Diskurs an, der sich, besonders angeregt durch ein Buch von Peter Novick, „The Holocaust in American Life“, um die Wahrnehmung bzw. den Umgang mit dem Holocaust in der amerikanischen Öffentlichkeit dreht. Auf Novicks Buch bezieht sich der Autor der „Holocaust Industrie“ streckenweise.

Finkelstein beginnt seine Betrachtungen mit dem kalten Krieg. Besonderes Interesse in der amerikanischen Außenpolitik kam zu dieser Zeit Deutschland als Vorposten im antikommunistischen „roll-back“ zu. In dieser Phase hatten die, von Finkelstein desöfteren so bezeichneten, „jüdischen Eliten“ Sorge, dass jede Form von Opposition die „Nichtjuden“ gegen sie aufbringen, die Juden in der amerikanischen Gesellschaft isolieren könnte. Besonders, da viele linke, jüdische Emigranten in den USA lebten, die jede Annäherung an Deutschland – mit dem Rekurs auf das 3. Reich – ablehnten. Das Gedenken an die Massenvernichtung, so Finkelstein weiter, sei also aus Rücksicht auf die eigene Position von den „jüdischen Eliten“ als kommunistisch verdammt und damit vorläufig vergessen worden. Die Situation hätte sich erst 1967 mit dem israelischen Juni-Krieg entschieden geändert. Allerdings nicht, meint Finkelstein, wie offiziell behauptet, weil die Isolation und Verwundbarkeit Israels Erinnerungen an die Massenvernichtung der Naziverfolgung wach rief, sondern, weil die politischen Eliten von der militärischen

Potenz des kleinen Israels beeindruckt waren. Seither sei Israel als Vorkämpfer amerikanisch-imperialistischer Interessen im Nahen Osten tätig gewesen. Das Jahr 1973 bezeichnet Finkelstein als den „take-off“ (Finkelstein, S. 35) der „Holocaust-Industrie“. In diesem Jahr kam es zwischen Israel und Ägypten zu kriegerischen Handlungen, wobei Ägyptens militärische Schlagkraft manifest wurde. Es wurde immer unumgänglicher, dass Israel die 1967 besetzten ägyptischen Gebiete zurückgeben muss. Um nun zu gewährleisten, dass Israel aus den Rückgabeverhandlungen möglichst unbeschadet hervorgeht, so Finkelstein, nahm die „Holocaust Industrie“ ihre Arbeit auf. Ziel war es, moralischen Druck auf die US-Regierung auszuüben, unter deren Teilnahme die Rückgabeverhandlungen stattfanden.

Aus dieser Darstellung zieht der Autor die Erkenntnis, „dass die jüdischen Eliten nur dann an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnerten, wenn es politisch zweckdienlich war.“ (Finkelstein, S. 38). Nun besitzt Finkelstein aber das, was getrost als verstaubte Sechziger-Jahre-Sicht des amerikanischen Imperialismus bezeichnet werden kann, weshalb er gegen Israel und seine amerikanischen Fürsprecher als Vasallen des US-Imperialismus wütend polemisiert. Dabei wird er Opfer seiner verkürzten Ideologiekritik, die statt dynamischen gesellschaftlichen Verhältnissen nur statische Akteure und Profiteure hinter der Ideologieproduktion erkennt. Kein Wunder also, wenn er versucht das Bild der „jüdischen Eliten“ als einheitlich handelndes Subjekt zu zeichnen, die ihren Interessen nach geschickt das Gedenken an den Holocaust instrumentalisieren. Dabei widerspricht der von ihm vielfach zitierte Novick Finkelstein gerade an diesen Stellen ganz entschieden. Novick betont, dass die amerikanisch-jüdischen Interessengruppen kein einheitlicher Block, sondern extrem heterogen seien, besonders, was das Holocaustgedenken angeht. (Pendo. Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie, S. 25) So kommt Finkelstein durch seine Israel-Kritik, seinen Antizionismus, mehr und mehr zur Reproduktion antisemitischer Klischees, in dem er alle amerikanisch-jüdischen Organisationen zur homogenen „jüdischen Elite“ stilisiert, die, einer großen Verschwörung gleich, sich in die Zentren der amerikanischen Macht vorarbeiten. Assoziationen an die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ werden wachgerufen.

Doch Finkelstein belässt es nicht dabei. Im letzten Kapitel seines Buches setzt er sich mit den Entschädigungszahlungen Schweizer Banken und der Deutschen Industrie an die Überlebenden der Nazi-Sklavenarbeit auseinander. Die amerikanisch-jüdischen Interessengemeinschaften würden diese Zah-

lungen mit falschen Überlebendenzahlen erpressen, lautet die Anschuldigung. Finkelstein meint, dass die Zahl der Überlebenden des Holocaust bis heute weitaus geringer sein müsste, als die Zahlen, die von jüdischen Organisationen im Rahmen der Verhandlungen genannt werden. Solche Darstellungen würden den Holocaustleugnern in die Hände spielen, denn die Schlussfolgerung aus künstlich erhöhten Zahlen – also von höheren Überlebendenzahlen – wäre, dass die KZs nicht so schlimm sein konnten, wie allgemein behauptet wird. „Les extremes se touchent“ (Finkelstein, S. 134) meint der amerikanische Politologe abschließend und setzt damit die Holocaustleugner mit den jüdischen Organisationen gleich. Allerdings nicht ohne den „jüdischen Eliten“ – namentlich der Jewish Claims Conference – zuvor den Vorwurf gemacht zu haben, sie hätten die von den Schweizer Banken erhaltenen Gelder nicht ordnungsgemäß an die Überlebenden ausgezahlt. Stattdessen würden sie die Gelder zum Ausbau der amerikanischen „Holocaust Industrie“ benutzen, also die Gelder ihren eigenen Mitgliedern in Amerika zukommen lassen – ihren Einflussbereich ausdehnen. Dabei vergisst Finkelstein ganz offensichtlich, dass ohne die Sammelklagen amerikanisch-jüdischer Gruppen die ehemaligen Ost-ZwangsarbeiterInnen gar keine Lobby, damit auch keine Chance auf Entschädigung gehabt hätten. Zudem werden über die Zahlungen der Schweizer Banken an die Überlebenden schlichtweg Unwahrheiten behauptet. Die Entschädigungsgelder hingen bis Erscheinen des Buches „Die Holocaust Industrie“ einfach noch in der Schweiz fest. Weiterhin hat auch die Jewish Claims Conference (JCC), die von Finkelstein in diesem Zusammenhang am härtesten attackiert wurde, zu diesem und auch anderen in dem Buch erhobenen Anschuldigungen öffentlich Stellung bezogen und die Haltlosigkeit der Vorwürfe deutlich gemacht. Selbst die Behauptung, die Überlebendenzahlen seien zu hoch, erwiesen sich als falsch. So bestätigte beispielsweise der bekannte Berliner Historiker Wolfgang Benz in einem Interview in der Berliner Zeitung (4.2.2000) die in den Verhandlungen von der JCC angeführten Zahlen. Es soll nun lediglich noch auf folgendes aufmerksam gemacht werden: an dieser Stelle des Buches wird erneut im Subtext ein antisemitisches

„Es gibt eine Stammtisch-

Wissenschaft, die gilt

nur von abends um halb

neun bis um drei Viertel zwölf.

Am Tage haben die Leute

alles vergessen: Daten,

Namen, Büchertitel

und den Rest. Aber eines

ist ihnen geblieben:

das Bewußtsein, daß die

Juden schuld sind.“

(Aus: Kurt Tucholsky,

Sigilla Veri, 1931)

Klischee reproduziert. Die, wie Finkelstein zu Beginn seines Buches ausführt, „verschwoerenen Juden“, erpressen aus reiner Geld- und Machtgier die Nichtjuden (hier allen voran die Deutschen). Dafür ist ihnen nicht mal das Leid ihrer eigenen Angehörigen zu schade. So wird bei der Leserschaft das Bild des raffgierigen Juden hervorgerufen.

An dieser Stelle läßt sich zusammenfassend sagen, dass Finkelsteins Buch zwar zunächst als antizionistische Kritik an Israel, der Nah-Ost-Politik der USA und den amerikanisch-jüdischen Organisationen daherkommt; bei genauerer Betrachtung bricht allerdings die sogenannte Kritik auf Grund ihrer Haltlosigkeit zusammen, und es bleibt lediglich der antisemitische Subtext des Buches übrig, der aus Finkelsteins unzureichender Ideologiekritik herrührt.

Zurück zur Ausgangssituation: Bei der Berliner Podiumsveranstaltung zur deutschen Erstausgabe dieses mit bösarigen und haltlosen Behauptungen vollgestopften Buches zeigt das deutsche Publikum ein reges Interesse. Was allerdings von Veranstaltungsbeginn an nie etwas mit kritischer Distanz zu tun hatte – in der Berliner Urania spendeten gut zwei Drittel der Anwesenden dem Autor für seine Polemik wohlwollenden Beifall. Dort fand allerdings nur eine Fortsetzung, was im Zuge der amerikanischen Erstveröffentlichung im anfänglich stellenweise kritischen deutschen Feuilleton geschehen war. Schnell wurde erklärt, dass Finkelsteins Thesen „zwar polemisch, doch diskutierbar...“ seien (Pendo, S. 36). Die deutsche

Presse fordert, unter der Debattenführerschaft der „Süddeutschen Zeitung“ eine „sachliche und offene Debatte über die Thesen Finkelsteins“ (ebd., S. 27). Und schließlich passierte, was passieren musste. Finkelstein als Jude und Kind jüdischer Überlebender wurde entdeckt. Der jüdische Kronzeuge – „er gehört zu den Juden und muss es ja wissen“ – tritt fortan als Zeuge auf in der Verhandlung zwischen den anständigen Aufständischen und den organisierten Juden, die dem liebsten Kind der Deutschen, der Industrie, an den Kragen wollen. Der Kontext von „Die Holocaust Industrie“ hat sich mit dem Beginn eines Diskurses über sie in Deutschland geändert: Nicht mehr

die vermeintlich wissenschaftliche Kritik steht im Vordergrund; Sie ist nunmehr lediglich Deckmäntelchen, unter dem die Salon-Antisemitenin der deutschen Presse und der gewöhnliche deutsche Antisemit ihrer Religion fröhnen können. Da findet sich dann auch ein interessanter Konsens. Schon die rechtsradikale „Junge Freiheit“ schrieb bei der amerikanischen Erstveröffentlichung: „Es wäre eine Schande, wenn dieses Buch aus Gründen des nackten Opportunismus oder der politischen Korrektheit nicht unverzüglich ins Deutsche übersetzt würde.“ (Pendo, S. 27) und die National-Zeitung bezog sich gar bruchlos auf den „berühmten jüdischen Politologen aus New York“ (ebda., S. 17). Und wie die klatschenden Menschen in der Berliner Urania im Geiste mit den Parolenskandierern einig waren, so fand schon vorher an diesem Punkt der Großteil des deutschen Feuilletons einen Konsens mit der Presse der radikalen Rechten – einig im Ressentiment. Besonders erschreckend ist, mit welcher Bereitwilligkeit im deutschen Mediendiskurs, trotz der offensichtlichen Fehler und Polemiken, dem jüdischen Kronzeugen samt antisemitischen Klischees Glauben geschenkt wurde. Gegendarstellung und sachlich inhaltliche Aufklärung wollte schlichtweg nicht wahrgenommen werden – der irrationale Glaube an die antisemitischen Vorurteile scheint in Deutschland immer noch ein sehr fester zu sein.

„Les extremes se touchent“ –
ein Nachtrag

Auch Finkelstein hat mittlerweile ganz erlesene Freunde gefunden. In „Die Holocaust Industrie“ macht er sich ausführlich über Deborah Lipstadt lustig, gegen deren Buch „Denying the Holocaust“ der notorische Auschwitzleugner David Irving geklagt hatte. Dieser wurde in Deutschland schon mehrfach angeklagt und verurteilt. Grund war jedesmal das öffentliche Leugnen des Holocausts, weshalb er derzeit Einreiseverbot in Deutschland hat. Irving wollte Lipstadt gerichtlich verbieten lassen, ihn als „aktiven Holocaust-Leugner, Antisemiten und Rassisten“ zu bezeichnen. Lipstadt hat den Prozess gewonnen. Dennoch attestiert Finkelstein Irving die Nützlichkeit für die Wissenschaft, wofür Irving auf seiner Homepage einen Link gesetzt hat, unter dem Finkelsteins Buch herunterladbar ist.

Quellenangabe: Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust Industrie. München 2001. ISBN: 3-492-04316-X.

Piper, Ernst (Hg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein. Zürich 2001. ISBN: 3-85842-403-X.

Von der Lühe, Barbara: Was ist eine Holocaust-Industrie? In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 40. Jahrgang, Heft 157, 1. Quartal 2001.

Erinnerung an Arvid Harnack

Von Christoph Jetter

Am 24. Mai dieses Jahres jährt sich der hundertste Geburtstag des 1901 in Darmstadt geborenen Widerstandskämpfers, der am 22. Dezember 1942 „wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Spionage“ in Berlin-Plötzensee ermordet worden ist. Wer war Arvid Harnack?

Er stammte aus einer liberalen bürgerlichen Wissenschaftler- und Künstlerfamilie. Sein Vater Otto Harnack lehrte zu Beginn des letzten Jahrhunderts als Literaturhistoriker an der Technischen Hochschule und gehörte bis 1914 der Stadtverordnetenversammlung Darmstadts an. Seine Mutter war Malerin. Er selbst schloß sich 1919 zunächst einem nationalistischen Freicorps an und nahm an Kämpfen in Oberschlesien, Kiel und Berlin teil. Während seines Jurastudium u.a. in Jena und in Graz wandelte er sich jedoch zum überzeugten Sozialisten und promovierte über Planwirtschaftsversuche der ersten SPD-geführten Reichsregierung. Es folgten national-ökonomische Studien an der London School of Economics (1925) und als Rockefeller-Stipendiat in Wisconsin/USA (1926-1928), wo er sich intensiv mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auseinandersetzte. Er heiratete 1926 die Literaturhistorikerin Mildred Fish, kehrte mit ihr zusammen 1929 nach Deutschland zurück und schloß 1931 in Gießen seine ökonomischen Studien mit einer zweiten Promotion zum Dr. phil. über „Die marxistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“ ab. In Gießen lernte er u.a. Carlo Mierendorff, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Mitarbeiter Wilhelm Leuschners, kennen. Mit dem Hochschullehrer Friedrich Lenz

gründete er eine Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetischen Planwirtschaft (Arplan), entwickelte Kontakte in die UDSSR und – für die spätere Widerstandsarbeit besonders wichtig – zu deren Berliner Handelsvertretung, bis er dann nach dem zweiten juristischen Staatsexamen 1935 eine Anstellung im Reichswirtschaftsministerium fand. Zur Tarnung seiner längst begonnenen konspirativen Arbeit trat er 1937 in die NSDAP ein.



Arvid Harnack

Arvid Harnack, der seit Beginn der 30er Jahre mit seiner Frau in Berlin lebte, gehörte von Anfang an zu den konsequenten Gegnern des Nationalsozialismus. Mit Freunden und ehemaligen Abendgymnasiumsschülern begann er in Schulungszirkeln 1932 die Auseinandersetzung mit dem faschisti-

schen Gedankengut und gewann Kontakte zu anderen NS-Gegnern. 1939 setzte die direkte Zusammenarbeit zwischen Harnack und Harro Schulze-Boysen, dem im Reichsluftfahrtministerium konspirativ tätigen Luftwaffenoffizier und mit dessen oppositionellen Freundeskreis ein. Beide, Schulze-Boysen und Harnack, wurden zum Zentrum eines weitverzweigten, alle gesellschaftlichen Schichten und ideologischen Strömungen umfassenden Widerstandsbündnisses, zu dem konservative und religiös motivierte Oppositionelle ebenso gehörten, wie Kommunisten, Militärs, Künstler, Arbeiter und Intellektuelle. Peter Weiss hat ihnen allen, für deren Bündnis die Gestapo nach der Entdeckung die Sammelbezeichnung „Rote Kapelle“

erfand, in dem großen Roman „Die Ästhetik des Widerstandes“ ein literarisch wie moralisch bleibendes Denkmal gesetzt. Zu dem Freundeskreis gehörte übrigens auch Elisabeth Schumacher, geborene Hohenemser, 1904 wie Arvid Harnack in Darmstadt geboren. Sie war mit dem Bildhauer Kurt Schumacher verheiratet – auch sie wurden Mordopfer der NS-Rachejustiz.

Nach dem Überfall der Hitlerarmeen auf die Sowjetunion im Juni 1941 konzentrierte sich die Gruppe auf Flugblätter und Aufrufe; die zum Teil mit „AGIS“ unterschriebenen Flugschriften, deren eine z.B. den Titel „Aufruf zum Widerstand aller Berufe und Organisationen gegen die Regierung“ trug, wurden u.a. in Verkehrsmitteln und Telefonzellen liegengelassen. Nicht zuletzt wurden militärische Nachrichten zur Weiterleitung an die UDSSR zusammengetragen. Oberstes Ziel war für Harnack und seine Freunde die Bekämpfung des NS-Regimes selbst und gleichzeitig die möglichst rasche Beendigung des Krieges. „Jeder weitere Kriegstag bringt nur neue unsagbare Leiden und Opfer. Jeder weitere Kriegstag vergrößert nur die Zeche, die am Ende von Allen bezahlt werden muß.“ (aus einer AGIS-Flugschrift). Inmitten dieser konspirativen Arbeit verfaßte Harnack 1942 die theoretische Studie:

am 19.12.1942 vom Reichskriegsgericht zum Tod verurteilt, unter ihnen u.a. Harro Schulze-Boysen, und am 22.12.1942 in Berlin Plötzensee hingerichtet. Im Todesurteil vom 19. Dezember 1942 wurde er als Rädelsführer, Hochverräter und „Hetzer“ beschimpft, dem die Verführung eines Teils der Angeklagten besonders anzulasten sei.

Arvid Harnacks Frau Mildred, die hochbegabte Übersetzerin, die in der Haft bis zuletzt an der Übertragung von Goethe-Gedichten arbeitete, wurde von den Freunden und Angehörigen zunächst für gerettet gehalten, weil sie im gleichen Prozeß „nur“ zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Auf Hitlers Intervention hin wurde sie jedoch in einem zweiten Verfahren ebenfalls zum Tode verurteilt und am 16. Februar 1943 hingerichtet. Wie wir von Harald Poelchau, dem Gefängnispfarrer und letzten Begleiter der Verurteilten, wissen, bat Arvid Harnack



Elisabeth Schumacher um 1934/35

vor seiner Hinrichtung darum, ihm den „Prolog im Himmel“ aus Goethes Faust vorzusprechen: „Die Sonne tönt nach alter Weise in Brudersphären Wettgesang ...“. Als Mildred Harnack den Zeitpunkt ihrer Hinrichtung erfuhr, bemerkte sie: „Und ich habe Deutschland so geliebt.“

In Darmstadt sucht man bis heute vergeblich nach einem Zeichen des öffentlichen Gedenkens an Arvid Harnack, Elisabeth Schumacher und ihre Gefährten, die ihren Widerstand gegen Faschismus und Krieg mit dem Leben bezahlt haben.



Arvid und Mildred Harnack in den dreißiger Jahren

„Das nationalsozialistische Stadium des Monopolkapitalismus“, die noch an Hamburger Widerstandskreise weitergeleitet werden konnte, seither aber verschollen ist.

Im September 1942 wurde Arvid Harnack zusammen mit seiner Frau Mildred verhaftet, in die gefürchtete Berliner Gestapo-Zentrale eingeliefert und gemeinsam mit neun weiteren Kampfgefährten

Quellen: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation. Hg. in Verbindung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand von Regina Griebel u.a., Rendsburg 1992;

Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1974.

Hans Coppi/Geertje Andresen (Hg.): Dieser Tod paßt zu mir. Harro Schulze-Boysen – Grenzgänger im Widerstand. Briefe 1915 bis 1942. Berlin 1999

Allgemeiner Studierendenausschuß der Technischen Universität Darmstadt
Darmstädter Geschichtswerkstatt
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)-Bund der Antifaschisten (BdA) Darmstadt-Dieburg
Postanschrift:
Arbeitsgemeinschaft „Geschichte vor Ort“ c/o Jetter und Skroblies, Liebfrauenstr. 90, 64289 Darmstadt

16. Mai 2001

An
den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Herrn Peter Benz
den Magistrat der Stadt Darmstadt
die Fraktionen und Listenvertreter/innen in der Stadtverordnetenversammlung

Gedenktafeln für Arvid Harnack und Elisabeth Schumacher

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats,
sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,

am 24. Mai dieses Jahres würde Arvid Harnack hundert Jahre alt. Er ist am 24. Mai 1901 in Darmstadt geboren. Sein Vater, Otto Harnack, war Professor für Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule Darmstadt und bis 1914 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Arvid Harnack, nach der Ausbildung als Jurist und Nationalökonom im Reichswirtschaftsministerium tätig, wurde als Mitglied der von der Gestapo so bezeichneten Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee nach einem Todesurteil des Reichskriegsgerichts hingerichtet. Elisabeth Schumacher, geborene Hohenemser, am 28. April 1904 als Tochter eine deutsch-jüdischen Familie ebenfalls in Darmstadt geboren, von Beruf Graphikerin, gehörte derselben Widerstandsorganisation an und erlitt das gleiche Schicksal wie Arvid Harnack.

Bis heute erinnert kein öffentliches Zeichen des Gedenkens und der Information an diese beiden Angehörigen des Widerstandes gegen das Naziregime, die ihr antifaschistisches Engagement mit dem Leben bezahlt haben. Aus Anlaß des hundertsten Geburtstages von Arvid Harnack haben wir am 16. Mai in einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Berliner Historiker Dr. Hans Coppi das Leben und das politische Denken Harnacks und des von ihm und Harro Schulze-Boysen geleiteten Widerstandsbündnisses gewürdigt.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, daß die Stadt Darmstadt – neben Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Ludwig Schwamb, Theodor Haubach und Georg Fröba – in angemessener Weise öffentlich auch an diese beiden Opfer des Faschismus erinnert. Als unmittelbar realisierbare Möglichkeit bietet sich an, jeweils eine Erinnerungs- und Informationstafel für Arvid Harnack und Elisabeth Schumacher im Rahmen des „Darmstädter Geschichtsrundgangs 1933/1945“ dort anzubringen, wo die Familien Harnack und Hohenemser seinerzeit gewohnt haben (Familie Harnack: Alicenstr. 25, die frühere Wohnadresse der Familie Hohenemser müßte noch im Stadtarchiv ermittelt werden). Biographische Angaben zu Arvid Harnack und Elisabeth Schumacher sind beigefügt.

Für eine baldige Information über die Behandlung unseres Vorschlags sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Für den AstA der TU Darmstadt: (Michael Enderlein)
Für die Darmstädter Geschichtswerkstatt: (M. Lorinser)
Für die VVN-Bund der Antifaschisten: (Ch. Jetter)

Rezensionen

The Making of... ... „Volksgemeinschaft“



Im August 1914 zog Deutschland in den Krieg: Massenbegeisterung, Jubelstimmung im Volk, rauschhafte Kriegslust und ein Kaiser, der nur noch Deutsche kannte. Das „Augusterlebnis“ als Katalysator für die Entstehung einer „Volksgemeinschaft“. So jedenfalls die gängige Vorstellung, die zum Teil auch heute noch in Bezug auf den Beginn des Ersten Weltkriegs in Deutschland vorherrscht. Jeffrey Verhey geht der Frage nach, ob dieses Klischeebild von der allgemeinen Kriegseuphorie den nachweisbaren Tatsachen entspricht. Im ersten Teil seines Buchs untersucht er, wie die öffentliche Meinung in Deutschland im Juli und August 1914 tatsächlich aussah. Verhey stützt sich dabei auf die Zeitungsberichte dieser beiden Monate, da die vielfältige und klar nach politischer Ausrichtung getrennte Presse-

landschaft des Kaiserreichs ein umfangreiches und repräsentatives Bild der veröffentlichten Meinung liefert. „Die Untersuchung der Leitartikel einer Reihe von Zeitungen unterschiedlicher Ausrichtung ist ... eine Art Seismograph zur Registrierung der verschiedenen Strömungen in der öffentlichen Meinung, und die Beschreibung der Massen auf den Straßen liefert uns das notwendige Material zur Interpretation der Augustergebnisse“ (35).

Verhey kommt zu dem Ergebnis, das von einer allgemeinen Kriegsbegeisterung in den Juli- und Augusttagen keine Rede sein kann. „Sicher erfuhren viele Menschen die Macht der Massen und ließen sich von ihnen mitreißen. Doch daß dieser Krieg ein Transformationserlebnis war, das alle Deutschen zu einem ‚Volk von Brüdern‘ machte, stimmt ganz einfach nicht“ (122). Verhey zeichnet vielmehr ein vielschichtigeres, differenziertes Bild von der Stimmung in diesen Monaten des Jahres 1914. Begriffe wie Trauer, Angst, Erschrockenheit, Panik, Wut, Verzweiflung und auch tiefer Ernst beschreiben eher die vorherrschende Stimmung, aber es herrschten

auch Stolz, Begeisterung, überschwengliche Freude und Erleichterung darüber, daß endlich eine Entscheidung gefallen war, die die Spannung in den Tagen und Wochen vor der Kriegserklärung löste. In den Augusstagen tauchten Greuelmärchen auf. Gerüchte über Trinkwasservergiftung machten die Runde und die Jagd auf Spione behinderte zeitweise sogar die Mobilmachung, dies zeugt auch von einer „Massenpsychose“, angeheizt von Zeitungen, die nicht davor zurückschreckten, Meldungen zu erfinden, wenn es nichts zu melden gab. Verhey berichtet aber auch von einer karnevalesken Stimmung, „Im August 1914 konnten die Bürger Dinge tun, die normalerweise verboten waren; sie konnten ihren Gefühlen in aller Öffentlichkeit freien Lauf lassen und sie – gelegentlich auch gewalttätig – zum Ausdruck bringen, ohne daß sie öffentliche Sanktionen befürchten mußten“ (144). Aber es gab auch angsterfüllt-panische Massen vor allem in den Wohngebieten der unteren Mittelschicht und in den Arbeitervierteln, sowie in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches. So zeichnet Verhey ein Bild, das den Mythos vom „Geist von 1914“ gründlich zerstört. Die Stimmung in der Bevölkerung war im August 1914 keineswegs einheitlich, sondern hing unter anderem von der Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, Alter, und dem Wohnort ab, so waren z.B. die Arbeiter in den Großstädten, die es ja vor allem aus konservativer Sicht in die Volksgemeinschaft zu integrieren galt, definitiv nicht „kriegsbegeistert“.

Im zweiten Teil seines Buchs konzentriert sich Jeffrey Verhey auf die Frage, wie angesichts dieses vielschichtigen Bildes die Erzählung, das „Narrativ“ des „Geistes von 1914“ entstehen konnte, wie der Mythos vom geeinten Volk, das aufstand, um wie ein Mann in den Krieg zu ziehen, geschaffen wurde und wie in ihn konservative Normen und Werte eingepreßt wurden. Der Mythos vom „Geist von 1914“ war ein Mittel der Kriegspropaganda der Regierung, um Begeisterung zu wecken. Diese Propaganda aber fiel auf fruchtbaren Boden, da der Krieg die Menschen „aus ihren traditionellen moralischen Bindungen“ riß (381) und der Mythos das „Bedürfnis [befriedigte] zu verstehen, wozu das alles gut gewesen sein sollte“ (382). „Die Deutschen mußten wissen, wofür sie kämpften, wofür sie ihr Leben opferten“ (25) Ausschlaggebend für diese Veränderung in den Einstellungen hinsichtlich der realen Ereignisse in den Augusttagen 1914 war demnach die „Kriegserfahrung“.

Der Mythos bezog seine Kraft auch daraus, „daß die Regierung und alle politischen Parteien mit Ausnahme der USPD in groben Zügen das Narrativ teilten, daß die Erfahrungen von 1914 die Deutschen zusammengeschmiedet hätten“ (377). Hervorzuheben ist die Rolle der SPD in diesem Zusammenhang. Die Zustimmung der SPD-Parlamentarier zu den Kriegs-

krediten am 4. August war unter anderem taktisch motiviert und mit der Hoffnung verbunden, die deutsche Elite würde im Gegenzug ihren Antisozialismus aufgeben. (278) Nicht wenige Sozialdemokraten aber entdeckten darüber hinaus ihre Liebe zu Deutschland. Karl Bröger, ein Dichter der Arbeiterklasse etwa schrieb: „Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt, bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt. Als man uns rief, da zogen wir schweigend fort, auf den Lippen nicht, aber im Herzen das Wort Deutschland“ (280).

Differenziert geht Verhey der Frage nach, wie sich eine bestimmte Interpretation der Augusttage durchsetzen konnte. Er untersucht dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten des „kollektiven Narrativs“ in Volkskultur und Elitekultur und betont die Rolle der Intellektuellen, der politischen Parteien, Verbände und Vereinigungen im Kaiserreich bei der Erfindung des Mythos.

Die Beschwörung des Mythos vom „Geist von 1914“ war dann vor allem in den 20er Jahren höchst erfolgreich. Die Nazis bezogen sich auf ihn und erklärten, ihre „Revolution“ habe schon 1914 begonnen. Sie interpretierten das „Augusterlebnis“ als „einen Augenblick fanatischen Willens, als Beispiel für die deutsche Fähigkeit durch reine Willenskraft eine eigene Welt zu erschaffen“ (383). So resümiert Verhey dann auch, daß „die Hinwendung zum Mythos ... durchaus eine rationale Reaktion auf die Schrecken des Krieges [ist], ein Versuch, den rettenden Strohalm zu ergreifen, sich kraft des eigenen Willens eine eigene Welt zu schaffen und so dem Zugriff des Schicksals zu entkommen. Bei diesem Versuch, die Grenzen zu überschreiten, verloren allerdings viele Deutsche die Fähigkeit, zwischen Wirklichkeit und Fiktion zu unterscheiden, und hielten schließlich ihre eigenen Mythen für real“ (384).

Interessant ist, daß Michael Stöcker bereits in seiner 1994 erschienenen Studie über das „Augusterlebnis“ von 1914 in Darmstadt zu den selben Ergebnissen wie Verhey im ersten Teil seiner Studie kam. In seiner reich bebilderten, lesenswerten Detailstudie bilanziert er für Darmstadt, daß „ein Begriff wie ‚Kriegsbegeisterung‘ in seiner Pauschalität die Sicht auf die Vielfalt der Reaktionen verstellt und daher kaum in der Lage sein dürfte, das ‚Stimmungskonglomerat‘ in der Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges annähernd zu erfassen“ (52).

Andreas Klärner

Jeffrey Verhey (2000): Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburger Edition, ISBN 3-930908-58-1.

Michael Stöcker (1994): Augusterlebnis 1914 in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit. Roether, ISBN 3-7929-0213-3.



Nazis sind Pop

Burkhard Schröder, Schriftsteller und freier Journalist, ist Autor einer Reihe von Veröffentlichungen über Rechtsextremismus, Neo-Nazis und Skinheads („Rechte Kerle“, „Neonazis und Computernetze“, „Im Griff der rechten Szene - ostdeutsche Städte in Angst“). In seinem neuesten Buch „Nazis sind Pop“ vertritt er die These, daß Rassismus schon lange kein Randgruppenphänomen mehr ist, sondern Teil der deutschen Alltagskultur. In sieben Kapiteln geht er dieser These nach, verweist auf völkisches Denken in der Auseinandersetzung um die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, geht der Frage nach, wie salonfähig faschistische Ästhetik in der Popmusik ist und setzt sich mit dem Sommerloch-Aufstand der „Anständigen“ gegen Nazis auseinander.

Schröder philosophiert gerne mit dem Hammer und teilt gerne aus. Über die „orthodoxe Antifa“ schreibt er etwa: „Das Motto der meisten Antifa-Aufrufe, Neonazi-Aufmärsche zu ‚verhindern‘, richtet sich dezidiert gegen ein demokratisches Grundrecht. Das diskutiert kaum jemand im linken Milieu, auch nicht den zweifelhaften Wert, den das ‚Verhindern‘ hätte, geschweige denn die militärischen Mittel, die man brauchte, um Neonazis am Marschieren zu hindern“ (S. 44). Über die merkwürdigen Allianzen des vergangenen staatsantifaschistischen Sommers kann man sich allerdings so seine Gedanken machen, reichte die Front der Verbotsforderer in der Tat von ganz links außen bis zum rechten Rand der Stoibers und Becksteins. In einem hat Burkhard Schröder recht, diese antifaschistische Einheitsfront hat tatsächlich keine Antworten auf die Frage, „wie gegen rechte Alltagskultur vorzugehen sei, den Humus, der den rassistischen Acker immer wieder düngt“ (S. 47).

Burkhard Schröder setzt statt auf Verbote auf die zivilisatorische Kraft der Migranten, „die unsere Nation zum Besseren verändern werden“ (S. 149). Schröder hofft auf den „kulturellen Schmelztiegel“, auf die „fruchtbare hybride Identität der Migranten“, die beispielsweise in der Musik für eine kulturelle Öffnung sorgen könnte. Ansätze sieht er im Rap der „turkish“ community (S. 79). Ob Schröder die Migrantenkultur damit nicht einseitig positiv verklärt,

sei dahingestellt, aber schon in der Aufkleberkultur der 80er Jahre gab es einen Spruch, der heute wieder hervorgekramt werden kann: „Ausländer, laßt uns nicht mit diesen Deutschen allein!“.

Andreas Klärner

Burkhard Schröder: *Nazis sind Pop.* Espresso Verlag, ISBN 3-88520-779-6, DM 24,90



Migration in Europa und der Bundesrepublik

Mark Terkessidis legt mit seinem bei Rotbuch erschienenen Bändchen „Migranten“ eine gut geschriebene, reich bebilderte und sehr informative Einführung in die Geschichte der Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland vor.

Seit über hundert Jahren kann Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet werden, obwohl diese Selbstdefinition bis heute von christlich-konservativen aber auch sozialdemokratischen Politikern und großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird. Im Überblick über die verschiedenen Phasen der Einwanderung und die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen zeigt sich eine eigentümlich deutsche Beharrlichkeit in Fragen der Einwanderung. Als billige Arbeitskräfte, „Lohndrücker“ und „Streikbrecher“ im Kaiserreich, als Ersatz für die in den (Rüstungs-)Betrieben fehlenden Frontsoldaten des Ersten und Zweiten Weltkriegs, oder als willige Arbeiter für schwere, dreckige und schlecht bezahlte Arbeit, die im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik kein Deutscher mehr erledigen wollte, wurden Ausländer in Deutschland immer gebraucht. Als gleichberechtigt in Deutschland lebende Menschen aber werden die „Fremden“, die zum großen Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben, bis heute massiv abgelehnt. „Das“ Kapital war in dieser Frage schon immer weiter und wesentlich „weltoffener“ als konservativ-reaktionäre und Teile der sozialdemokratischen

Politiker. Den Arbeitgebern waren ausländische „Gastarbeiter“ als „Konjunkturpuffer“ stets willkommen, während die Politiker eifrig um die „Reinerhaltung“ des deutschen Volkes und gegen „Ausländerfluten“ und „Überfremdung“ kämpften.

Der Fokus des Büchleins von Terkessidis liegt auf der Geschichte der Einwanderung der sogenannten „Gastarbeiter“ seit Mitte der 50er/Anfang der 60er Jahre in die Bundesrepublik. Er zeigt anschaulich, wie sich die Abwehr von „Fremden“ rechtlich-institutionell und gesellschaftlich-politisch trotz der ökonomischen Notwendigkeit der Anwesenheit von „Ausländern“ in Deutschland als roter Faden durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zieht.

Ein wenig vermißt man ein kurzes Kapitel über Ausländer in der DDR, deren gesellschaftliche und politisch institutionalisierte Marginalisierung und Abschottung von der Bevölkerung mit ein Grund für das Entstehen der heutigen rechtsextrem-fremdenfeindlichen Bewegung in Ostdeutschland ist. Das Fehlen dieses Kapitels ist ein Symptom der unbefriedigenden Forschungslage auf diesem Gebiet. Wer sich aber einen Einblick in die Geschichte der Einwanderung in die Bundesrepublik und die Lage der Migranten im vereinigten Deutschland verschaffen will, dem ist „Migranten“ von Mark Terkessidis zu empfehlen.

Weiter spannt Klaus Bade, Professor für Neueste Geschichte und Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, den zeitlichen und örtlichen Rahmen. Von Skandinavien bis zum Mittelmeer und von den britischen Inseln bis zum ostmitteleuropäischen Raum reicht das Untersuchungsgebiet seines gut 500seitigen Werks über die „Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ in Europa.

Dieses Buch wird, wie auch schon der 1992 von Bade herausgegebene Band „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland“ (1992), zum Standardwerk avancieren. Bade zeichnet in den fünf Kapiteln des Buchs das Bild von einem Europa, das buchstäblich ständig „in Bewegung“ war und ist. Von den frühneuzeitlichen Arbeitswanderungen, der Zuwanderung in die Städte während der Industrialisierung über den „Massenexodus in die Neue Welt“ und die Geschichte des politischen Asyls über die Ausländerbeschäftigung in Preußen führt Bade zur „Epoche der Weltkriege“, die von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit geprägt war, bis hin zu den Wanderungen in der Zeit des Kalten Kriegs, die vornehmlich Arbeitsmigration („Gastarbeiter“) und Fluchtwanderung bedeutete. Den Abschluß bildet das Kapitel über den „Einwanderungskontinent Europa am Ende des 20. Jahrhunderts“, der im Spannungsfeld von „Kulturvielfalt“,

sogenanntem „Wanderungsdruck“ und der Vision von der „Festung Europa“, die sich gegen die Zuwanderung aus der „Dritten Welt“ abschotten muß, steht. Was bei Terkessidis kritisch angemerkt wurde, muß auch bei Bade bemerkt werden: die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in der DDR kommt nur am Rande vor. Trotz dieses Schönheitsfehlers ist Bades Untersuchung die beste verfügbare Gesamtdarstellung zum Thema. Das Buch ist gut lesbar und sei daher vor allem denen empfohlen, die gegen jede Realität darauf beharren, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei. Bade, der auf der politischen Ebene seit langem für einen vernünftigen Umgang in der Einwanderungsfrage und einer Öffnung der Bundesrepublik für Migration eintritt, greift die europäische Abschottungsmentalität scharf an: „Solange das Pendant der Abwehr von Flüchtlingen aus der ‚Dritten Welt‘, die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen, fehlt, bleibt diese Abwehr ein historischer Skandal, an dem künftige Generationen das Humanitätsverständnis Europas im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert bemessen werden.“

Andreas Klärner

Mark Terkessidis: Migranten. Rotbuch Verlag, 2000. 95 Seiten. DM 14,90. ISBN 3-434-53504-7.

Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Verlag C.H. Beck, 2000, 510 Seiten. DM 58,90. ISBN 3-406-46720-2.

*„Bist mein großer Bruder,
du bist immer da“*

Rolf Gössner beschreibt und analysiert in seinem Kompendium der Groß- und Kleinschnüffeleien das gesamte Gruselkabinett des staatlichen, kommerziellen und privaten „Willens zum Wissen“. Angefangen bei der Video-Überwachung im öffentlichen und privaten Raum, über die Überwachungsmöglichkeiten per Telekommunikation zu den Machenschaften der verschiedensten Geheimdienste bis hin zu den Informationsinteressen der Privatwirtschaft. Jeder Mensch in der Informationsgesellschaft wird zum Objekt der verschiedensten sich wechselseitig überlagernden Ausspähungsgelüste.

Den zentralen „Großen Bruder“ gibt es nicht, dafür eine Vielzahl von „Kleinen Brüdern“, die größtenteils vollkommen unkontrolliert ihrer Sammelwut nachgehen. Unkontrolliert, aber doch mit der Möglichkeit sich zu vernetzen und Daten auszutauschen, abzugleichen: „Das Problem dieses unkontrollierten Wachstums liegt einerseits in der Unübersichtlichkeit der unterschiedlichen Systeme und Subsysteme, andererseits in den fast unbegrenzten und kaum beschränkbareren Möglichkeiten, die eine vernetzte Daten-Welt bietet. Hier können sich die zahlreichen ‚Little Brothers‘, jeder für sich schon höchst problematisch, tatsächlich zu einer großen Bedrohung auswachsen, sobald sie sich vernetzen, sich über die erfaßten Daten einer Vielzahl von ausgeforschten Personen und Personengruppen austauschen und so zu einer geballten Datenmacht entwickeln“ (S. 19).

Das Individuum wird durch diese Ausweitung der Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten mehr und mehr zum Objekt. Einerseits als ständig zu überwachendes, potentiell Sicherheitsrisiko für den Ordnungs- und Sicherheitsstaat, andererseits als Konsument, dessen Bedürfnisse es zu erkennen, zu generieren und zu kontrollieren gilt.

Das Bewußtsein, daß die „Little Brothers“ einen ähnlich perfiden, ungleich subtileren Terror wie der „Große Bruder“ ausüben und in die allerintimsten Bereiche des Individuums eindringen, ist in der Gesellschaft nicht mehr gegeben. Der Horror des allseits beobachteten und erfaßten Subjekt-Objekts ist in Zeiten, in den sich die Nation an der Tristesse der Hürther Containerdeppen, Love Camps etc. und an Bildern aus öffentlichen Überwachungskameras im Privatfernsehen ergötzen, scheinbar nicht mehr begreiflich zu machen.

Rolf Gössner weiß wovon er redet, als Experte für Überwachung und Geheimdienste steht er konsequenterweise seit 30 Jahren selbst unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Daß Rolf Gössner den Kampf

gegen Windmühlen weiterhin betreibt, dafür ist ihm zu danken. Mit seinem sachkundigen Buch, das sich mit WWW-Verweisen und Stichwortverzeichnis vorzüglich als Nachschlagewerk eignet, liefert er reiches Material für die Auseinandersetzung mit der Überwachungs- und Kontrollgesellschaft.

(ak)



Rolf Gössner: „Big Brother“ & Co. Der moderne Überwachungsstaat in der modernen Informationsgesellschaft. Konkret Literatur Verlag, 2000, ISBN 3-89458-195-6, DM 32,-.

Wer profitiert von der Krise?

*Kapitalistische Ökonomie und die extreme Rechte.
Von Ralf Ptak.*

Mittlerweile findet selbst beim Verfassungsschutz ernsthafte Beachtung, was nach fast zehn Jahren programmatischer Debatte und sozialdemagogischer Propaganda kaum mehr zu übersehen ist: Die extreme Rechte in Deutschland hat, wie andernorts in Europa, die wirtschaftliche und soziale Krise als Aktionsfeld wieder entdeckt. Dabei gerieren sich die Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten in der globalisierten Ökonomie mal als Vertreter der „kleinen Leute“ und mal als Protagonisten unbegrenzter Marktwirtschaft. Je nach den spezifischen sozioökonomischen und kulturellen Voraussetzungen einer Region oder Zielgruppe wird versucht, tatsächliche oder vermeintliche Verlierer der kapitalistischen Modernisierungspolitik für die Formierung der extremen Rechten zu gewinnen, aber auch für diejenigen Rechtsaußen eine Perspektive zu bieten, denen die bisherige Politik von Sozialabbau und Deregulierung nicht weit genug geht. Das ist nur vordergründig widersprüchlich, wie zu zeigen sein wird.

Max Horkheimers Ausspruch „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, der sollte auch vom Faschismus schweigen“ ist seit Jahrzehnten eine gern zitierte Passage in antifaschistischen Kreisen. Und es besteht wohl kaum ein Zweifel – um nur einen Zusammenhang zu nennen, dass die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 und ihre politischen Folgen der NSDAP auf ihrem Weg zur Macht von großem Nutzen waren; dass sie jedenfalls mehr politisch davon profitieren konnte, als die (sozialdemokratische und kommunistische) Linke und die bürgerlichen Parteien. Was aber könnte uns Horkheimers Satz heute sagen, wie steht es heute um

den Zusammenhang von kapitalistischer Dynamik und gesellschaftlicher Entwicklung, insbesondere mit Blick auf das Handeln und die Positionen der extremen Rechten?

Es geht hier also im Grundsatz um zwei Blickwinkel: Einmal um die Fragestellung, ob und inwieweit der Kapitalismus in seiner zunehmend ungehemmten Form bestimmten autoritären und rechtsextremen Einstellungen sowie der Verbreitung entsprechender Ideologeme in der Gesellschaft Vorschub leistet. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Entfaltung ungehinderter Marktkräfte und einem verstärkten Auftreten der extremen Rechten unter sozioökonomischen Vorzeichen? Ebenso muss geklärt werden, für welche wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen die extreme Rechte steht? Verfügt sie überhaupt über eigenständige Konzeptionen – eine Frage, die sich gerade auch im Rückblick auf die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt.

Erhebliches Potential

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen, die in verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Einstellungen gegenüber den Positionen und Organisationen der extremen Rechten untersuchen. In jüngerer Zeit wurde dabei nachgewiesen, dass entsprechende Sympathiewerte innerhalb der Bundeswehr, in den Universitäten und selbst in den Gewerkschaften zum Teil bedrohliche Ausmaße angenommen haben.

An anderer Stelle spricht der Politikwissenschaftler Richard Stöss von einer „Proletarisierung des Rechtsextremismus“. Es wird hier deshalb von der

These ausgegangen, dass die Verbreitung rechtsextremer Ideologeme, aber auch die Bereitschaft, solche Positionen möglicherweise politisch zu unterstützen, weiter anwächst, wobei eine zunehmende Akzeptanz unter abhängig Beschäftigten zu konstatieren ist. Auch wenn die wahlpolitischen Erfolge der extremen Rechten in Deutschland gegenwärtig eher gering sind, ist die politische Gefahr aufgrund dieses Potenzials akut. Darin besteht – über die aktuellen Bedrohungen hinaus – das eigentliche Problem in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

Wenn aber das erhebliche Potenzial für rassistisches, sozialdarwinistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Denken in Deutschland kaum auf eine stark organisierte Kraft der extremen Rechten zurückzuführen ist, muss es andere gesellschaftliche Determinanten geben. Die jahrzehntelange Verdrängung der NS-Geschichte und die Zählebigkeit bestimmter Wertvorstellungen spielen in diesem Zusammenhang sicher eine herausragende Rolle. Darüber hinaus spricht aber viel dafür, dass der seit über 20 Jahren praktizierte neoliberale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur den Übergang vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat durchgesetzt, sondern auch tief greifende ideologische Bewusstseinsveränderungen bewirkt hat, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Und entgegen der landläufigen Meinung ist der Neoliberalismus eben nicht allein ein wirtschaftspolitisches Programm – wie man es gegenwärtig via IWF und Weltbank etwa den osteuropäischen Staaten oder Schwellenländern des Südens aufzwingt.

Neoliberalismus als Legitimationsstrategie

Im Gegenteil, aus seiner Entstehungsgeschichte zu Beginn der 1930er Jahre, in der sich der politische und wirtschaftliche Liberalismus in einer schweren Krise befand, wurde die Konsequenz gezogen, den „neuen“ Liberalismus als gesamtgesellschaftliches Konzept zu initiieren. Die liberalen Theoretiker – im übrigen vor allen in Deutschland und Europa, erst später in den USA – hatten für sich erkannt, dass ohne politische, soziologische und psychologische Flankierung keine Marktwirtschaft auf Dauer stabil gehalten werden kann. Es galt, die Marktwirtschaft gegen die breite Front der Kritiker ideologisch zu verteidigen und das Thema Gerechtigkeit und die soziale Frage aus liberaler Perspektive zu besetzen. Daraus entwickelten die Neoliberalen in scharfer Abgrenzung zur Planwirtschaft und zum Wohlfahrtsstaat eine umfassende, auch gesellschaftstheoretisch und sozialphilosophisch fundierte Legitimationsstrategie für die Festigung und den Ausbau der Marktgesellschaft. Das Ziel war und ist: kulturelle Hegemonie in allen Kernfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu diesem Zweck hat das neoliberale Spektrum bereits

seit den 1940er Jahren kleine, aber effiziente Beratungsnetzwerke in Wissenschaft, Politik und Wirtschaftsmedien aufgebaut; Ende der 1970er Jahre gelang der paradigmatische Durchbruch, die Politikberatung in den wichtigsten kapitalistischen Ländern und Institutionen fiel in die Hände neoliberaler think tanks. Mit dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft dürfte es dann tatsächlich gelungen sein, dem neoliberalen Paradigma zumindest zeitweise zu ideologischer Dominanz zu verhelfen. Folgende Positionen sind dabei zu bestimmenden Referenzpunkten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik geworden:

- Die Ökonomie als über allem stehende Leitkultur, wobei es nur eine mögliche Organisationsform gibt: Die Marktwirtschaft. Sie ist total nicht nur in ihrer Alternativlosigkeit, sondern auch in ihrer Anwendbarkeit, da praktisch alle gesellschaftlichen Prozesse als marktwirtschaftlich steuerbar gelten.
- Es zählt nur das, was unmittelbar (ökonomischen) Nutzen bringt. Vor diesem Hintergrund wird jedes gesellschaftspolitische Ziel, das außerhalb der Marktverwertung liegt, zum „Kostenfaktor“ und damit zu einer Belastung der Gesellschaft.
- Die Möglichkeiten der Politik beschränken sich auf die Anpassung der gesellschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse der Ökonomie. Politik kann Rahmenbedingungen setzen, aber nicht gestalten und schon gar nicht verändern.
- Die Dämonisierung des Staates als intervenierende wirtschafts- und sozialpolitische Institution bei gleichzeitigem Abbau seiner repressiven Instrumente (der „schlanke Staat“ ist ein starker Staat!).
- Die Glorifizierung von Wettbewerb und Konkurrenz: Nur die Starken und Erfolgreichen können sich am Markt behaupten. Dazu bedarf es „Tugenden“ wie Aggressivität, Siegeswillen und Durchsetzungsvermögen.
- Das Individuum ist alles, kollektive Strukturen sind nichts. Ein gesellschaftliches Mehrheitsinteresse ist ebensowenig zu definieren wie soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit wird durch die Ergebnisse des Marktes und nicht durch das bewusste Gestalten gesellschaftlicher Verhältnisse ausgeübt. Damit ist die Ungleichheit eine „natürliche“ Voraussetzung in der Gesellschaft.
- Wirtschaftlicher Misserfolg, niedrige Einkommen und Armut sind auf Eigenverschulden zurückzuführen und deshalb Ausdruck mangelnder individueller Anpassungsfähigkeit an die Markterfordernisse.

Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte

Die materiellen wie ideologischen Folgen des neoliberalen Projekts haben die Gesellschaften in starkem Maße polarisiert, nicht nur im Hinblick auf Einkommen und sozialen Status, sondern auch im Denken und Empfinden. Die „Gewinner“ – auch die, die

sich nur dafür halten (etwa die zeitweilig vom Aktienboom profitierenden Kleinaktionäre oder die „Aufsteiger“ des Reality-TV) – sehen die große Chance des individuellen Erfolges und wännen sich auf der Siegerstraße in einer Gesellschaft scheinbar unbegrenzter Möglichkeiten. Dabei dürfte unbedeutend sein, dass die „Chance“ des Aufstiegs für nur sehr wenige besteht – allein die Möglichkeit zieht **Massen in ihren Bann und erfüllt damit ihre gesellschaftsstabilisierende Funktion**. Zugleich existiert unter den „Verlierern“, also denjenigen, die aus der Verwertbarkeit der Marktgesellschaft herausfallen oder sich davon bedroht fühlen, eine weit verbreitete Existenzangst gepaart mit Demut und einer fatalistischen Untergangsstimmung, die jede Möglichkeit auf gesellschaftliche Änderung negiert. Die Enttäuschung über den Staat und die politischen Institutionen der Gesellschaft, vor allem die politischen Parteien, sitzt tief. Der Schritt zum „Sündenbock“ ist von dieser Haltung nicht mehr weit, insbesondere wo gesellschaftlich akzeptierte Feindbilder angeboten werden.

Beide Pole, Gewinner wie Verlierer, sind – sofern man die Angelegenheit von der sozialpsychologischen Seite aus betrachtet – in der durch die Informations- und Kommunikationstechnologien enorm beschleunigten Marktgesellschaft keine statischen Größen, sondern in relativer Bewegung. Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass die extreme Rechte, die mit ihren Konzepten grundsätzlich an vorhandene gesellschaftliche Stimmungen anknüpft, beide Elemente zu bedienen versucht. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die FPÖ: Ihre gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik wie auch ihre Praxis in der gegenwärtigen Regierung ist stringent an neoliberalen Grundsätzen ausgerichtet, begünstigt also materiell die Kapitalseite im weitestem Sinne, einschließlich jener Aufsteiger der New Economy. Zugleich ist es der FPÖ mit einer Profilierung als Partei des Sozialen gelungen, in traditionelle Milieus der Arbeiterbewegung einzudringen und „Arbeiterpartei“ zu werden, d.h. sie hatte zumindest bis vor der Regierungsbeteiligung den größten Anteil an Stimmen von abhängig Beschäftigten. Analytisch betrachtet erscheint dieser auf einem Mix aus neoliberaler „Modernität“ und völkischer Sozialdemagogie gegründete Erfolg paradox zu sein – nichtsdestotrotz ist er Realität.



Quelle: Rechter Rand, Heft 70, Mai/Juni 2001

Wirtschafts- und sozialpolitische Grundlinien

In Deutschland ist die Situation insofern anders, als diese beiden Elemente auf zwei Strömungen der extremen Rechten verteilt sind. Da gibt es den „Modernisierer“-Flügel, der sich in den 90er Jahren mit knallharter neoliberaler Programmatik um die Anerkennung im rechtsliberalen und konservativen Milieu bemüht hat. Herausragendes Beispiel hierfür ist der „Bund Freier Bürger“ (BFB), der zunächst mit Unterstützung von neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern und Zeitungen wie der FAZ und dem „Handelsblatt“ einen deutschen Ableger der FPÖ auf den Weg bringen wollte. Allerdings fehlte dem BFB die soziale Basis, was auch durch einem nationalistischen und offen rassistischen Schwenk nicht aufgehoben wurde. Ähnlich, wenn auch erfolgreicher, verhält es sich bei den „Republikanern“. Auch sie haben versucht, eine radikale Interpretation der herrschenden neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit rassistischen und nationalistischen Ideologemen zu verknüpfen. Zumindest im „reichen“ Baden-Württemberg war dieses Modell des Wohlstandschauvinismus für zwei Legislaturperioden auch parlamentarisch erfolgreich. Darüber hinaus suchen weite Teile der „neuen“ Rechten in enger Verbindung mit in einer kleinen, aber doch sehr einflussreichen Gruppe der ökonomischen Rechten die sozialdarwinistischen, antiegalitären und chauvinistischen Grundsätze der neoliberalen Theorie für eine Ausgestaltung der rechtsextremen Programmatik zu adaptieren.

Das zweite, gegenwärtig mehr in der Öffentlichkeit beachtete, Spektrum der extremen Rechten versucht sich direkt in NSDAP-Manier als anti-kapitalistische Kraft von Rechts zu etablieren. Dazu zählen im weitesten Sinne NPD, DVU und eine Vielzahl kleinerer faschistischer Gruppierungen, vor

allem aber das Spektrum der „Freien Kameradschaften“, die mit einem aktionsorientierten Konzept sozialer Bewegung an einer schrittweisen regionalen Verankerung vor allen in proletarischen Milieus arbeiten. Hier wird populär und mit völkischen Tönen gegen Globalisierung und Neoliberalismus gewettert und als Alternative – wie in der Frühphase der NSDAP – ein nationaler Sozialismus propagiert. Dabei bleiben, auch das ist typisch, alle wesentlichen Prämissen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung unangetastet. Neben der Sozialismus-Demagogie greift dieses Spektrum der extremen Rechten auf weitere klassische NS-Ideologeme zurück: das Prinzip von Führer und Gefolgschaft im Unternehmen, also die Betriebsgemeinschaft in der wirtschaftlichen Einheit als ergänzendes Gegenstück zur Volksgemeinschaft; die Propaganda von Autarkie und Raumwirtschaft, das die NPD in ihrem Konzept einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ ebenso fortsetzt wie die antisemitische These von der Weltverschwörung durch das „raffende Finanzkapital“, das sie vom ordentlichen „schaffenden Kapital“ unterschieden wissen will.

Ob diese oder jene Richtung: Für die extreme Rechte dient das ökonomische Feld ausschließlich zur Formierung einer sozialen Basis. Es ist Instrument der politischen Mobilisierung, in denen die Programmatik je nach Interessenslage und nach Nutzen, ja fast beliebig, ausgetauscht werden kann. In diesem Sinne verfügt die extreme Rechte weder über eine originäre Konzeption noch über tatsächliche Lösungsansätze für vorhandene wirtschaftliche oder soziale Probleme in der kapitalistischen Gesellschaft. Im Gegenteil: Die extreme Rechte reproduziert sich aus den Mechanismen der Marktgesellschaft und potenziert ihre Grundsätze.

Bei allen Differenzen zwischen beiden Strömungen innerhalb der extremen Rechten besteht im konkreten eine grundsätzliche Übereinstimmung bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen: Die Schwächung und langfristig die Abschaffung unabhängiger Gewerkschaften, die Ablehnung eines demokratischen Wohlfahrtsstaates sowie jeglicher Form von Wirtschaftsdemokratie, die Zustimmung zur Alleinverantwortlichkeit des Unternehmers im Betrieb und zur absoluten Unantastbarkeit von Gewinn und Privateigentum an Produktionsmitteln sowie die Befürwortung des Marktes als Steuerungsinstrument

der Wirtschaft im Sinne effizienter Selektion und die Verherrlichung von Leistung und Zwang in der Arbeitswelt.

Weitere Erkenntnisse sind notwendig

Sicherlich folgt der hier diskutierte Zusammenhang zwischen den gesellschaftssprengenden Kräften kapitalistischer Ökonomie und den Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in erster Linie einer politischen Argumentationskette, die sich zunächst auf Thesen stützt. Empirische Belege, etwa in Form von Befragungen, die diesen Blickwinkel berücksichtigen, liegen allerdings kaum vor und können deshalb nur sehr begrenzt einbezogen werden. Aber hier liegt schon das Problem: Nur wenn man diese Verbindungen überhaupt für möglich hält, wenn man also die Ursachen des Rechtsextremismus nicht nur als individuelle Problemlagen, sondern auch als strukturelles gesellschaftliches Phänomen verortet, wird man die sozioökonomischen Zusammenhänge überhaupt erkennen können.

Kaum bestreitbar dürfte der historische Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Erfolgen der extremen Rechten sein. Das gilt, wie bereits angeführt, für die NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre, aber auch bei allen qualitativen wie quantitativen Unterschieden für die NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und für die rassistische Gewaltwelle im Deutschland der frühen 1990er Jahre. Hier wäre es sicherlich sinnvoll, die einzelnen Perioden genauer zu untersuchen und mit der Entwicklung in anderen europäischen Staaten zu vergleichen.

Vom Autor zum Thema u. a. erschienen:

Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999.

Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland, in: Werner Goldschmidt, Dieter Klein, Klaus Steinitz (Hg.): Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum 60. Geburtstag von Herbert Schui, Heilbronn 2000.

Der Beitrag erschien zuerst im Fachinformationsdienst „Der Rechte Rand“, Heft 70, Mai/Juni 2001. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. Weitere Informationen unter: <http://www.der-rechte-rand.de>.

